

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

Mit Beschlüssen der Stadträte im Jahr 2009 errichteten die Städte Erlangen, Fürth und Schwabach das „gemeinsame Kommunalunternehmen für Informationstechnik“ in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Kommunaler Betrieb für Informationstechnik KommunalBIT AöR“ zum 01.01.2010. Das Unternehmen stellt umfangreiche Dienste im Bereich der Informationstechnik als „Beistandsleistungen“ zu den hoheitlichen Aufgaben der Städte zur Verfügung.

Das Kommunalunternehmen wurde als Bargründung mit Stammkapital von 50.000 Euro entsprechend der Eigentümerverhältnisse ausgestattet und übernahm in Gesamtrechtsnachfolge das in einer gemeinsamen Ausgliederungsvereinbarung definierte Vermögen und die Dauerschuldverhältnisse der ehemaligen Regiebetriebe „Ämter für Informationstechnik“ zum 31.12.2009, deren jeweilige Abschlussbilanzen somit Basis der Eröffnungsbilanz des Unternehmens waren. Die Städte haben damals folgendes Anlagevermögen zu Buchwerten in das Unternehmen eingebracht:

Gesamt (Euro)	Erlangen	Fürth	Schwabach
6.058.011,97	3.684.870,67	1.750.326,00	622.815,30

Dabei wurde auch das entsprechende Personal der Regiebetriebe in das Unternehmen übergeleitet, soweit die Personen nicht von der Stadt abgeordnet wurden (nur Teile des Personals der Stadt Fürth, Verwaltungsvereinbarung mit KommunalBIT). Für Entgeltbeschäftigte ist von den Städten ein Überleitungstarifvertrag mit den Gewerkschaften abgeschlossen worden, der laut Unternehmenssatzung für beamtetes Personal analog angewendet wird.

Als Grundlage für den Leistungsumfang und die -bereitstellung wurde von den Städten eine gemeinsame Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung mit KommunalBIT abgeschlossen, später wird in einem Rahmenvertragswerk die Leistungserbringung detailliert vereinbart werden.

Im zweiten Geschäftsjahr von KommunalBIT macht sich das „Rückkehrrecht“ der ehemals städtischen Beschäftigten deutlich bemerkbar, was sich nicht nur in vergleichsweise hohen Kosten für die Personalwiederbeschaffung ausdrückt (Personalwechsel vom ca. 30% bis 2011), sondern auch in merklichen Verzögerungen bei der Umsetzung von Konsolidierungen und Standardisierungen. Die im Geschäftsplan 2008 angekündigten und weiter geplanten Effekte beim rechnerischen Personalaufwand konnten so nicht realisiert werden, ebenso konnten spürbare Skaleneffekte bei gemeinsamen Beschaffungen noch nicht erwirtschaftet werden (eine EU-weite Rahmenausschreibung für Standard-Hardware über die Einkaufsgenossenschaft ProVitako erzielte zwar ein wirtschaftliches Ergebnis, aber aufgrund der veränderten Marktsituation und des zeitlich stark verzögerten Ausschreibungszeitpunkts keine fühlbaren Einsparungen gegenüber dem Vorjahr). Zusammen mit inzwischen aufgetretenen Mehrungen gegenüber dem Leistungsportfolio 2009 und Anpassungen gegenüber den ursprünglich gerechneten Abschreibungszeiträumen führt das dazu, dass die Werte des Geschäftsplans von 2009 nicht mehr direkt mit den Ergebnissen des Unternehmens verglichen werden können.

2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Planungen für das Wirtschaftsjahr 2011 erfolgten auf Grundlage der Ist-Kosten, die Ende Oktober 2010 vorgelegen haben, weiterhin sind Mehrungen der Städte für das Jahr 2011 (aus neuen Aufgaben oder Zusatzinvestitionen) sowie Korrekturen aus der Bewertung der Abschlussbilanzen 2009 der Regiebetriebe entsprechend im Plan berücksichtigt.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geprägt von der Aufrechterhaltung des laufenden Geschäfts, den Kosten für das zum großen Teil noch von den Städten „übernommene“ sowie des neueingestellten Personals (und der Entwicklung der Rückstellungen bei Personalwechseln von beamteten MitarbeiterInnen) sowie den weiteren Investitionen, die bei der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur anfallen, und den geplanten und ungeplanten Mehrungen der Städte. Im Berichtszeitraum wurden langfristige Darlehen für Investitionen in Höhe von 1.500.000 EUR aufgenommen.

Das Unternehmen hat sich im Jahr 2011 auch wieder überwiegend aus Abschlägen finanziert, die unterjährig nicht wesentlich angepasst wurden. Dabei wurden 10.222 TEUR an Abschlägen bis zum 31.12.2011 eingenommen:

Gesamt (Euro)	Erlangen	Fürth	Schwabach
10.221.641	4.912.315	4.011.030	1.298.296

Nach Abrechnung der auf die einzelnen Städte entfallenen Anteile (aus einer optimierten Kostenstellenrechnung, wobei direkt den Städten zuordenbare Aufwendungen bereits entsprechend gebucht wurden), ergibt sich die unten genannten „Verteilung auf erhaltene Leistungen“. Dabei wurden auch während des Jahres vereinbarte Verlängerungen der Nutzungsdauer von Standard-Hardware (soweit noch technisch sinnvoll) entsprechend berücksichtigt.

Gesamt	Erlangen	Fürth	Schwabach
10.650.762	5.096.184	4.070.624	1.483.954

Die Planüberschreitungen resultieren dabei im Wesentlichen aus den Bereichen Personalkosten (Pensionsrückstellungen) und bezogene Leistungen für Städte (Wartungsverträge Software, Instandhaltungen div. Ausstattungen u. Anlagen, Mieten div. Ausstattungen u. Anlagen). Dabei konnten die Auswirkungen der Gesetzesänderung zur Pensionslastenaufteilung für die Haushalte der Eigentümerstädte in Absprache mit dem Beteiligungsmanagement gering gehalten werden, da analog der Bilanzierung für übergeleitete Beamte zum Stichtag 31.12.2009 das sogenannte Verrechnungskonto der abgebenden Stadt belastet wurde.

3 Risikobericht

Die Darstellung der Risiken der künftigen Entwicklung erfolgt unter Beachtung des deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5. Da KommunalBIT als einzige Kunden und Leistungsabnehmer die 3 Städte Erlangen, Fürth und Schwabach bedient, die als Eigentümer gleichzeitig Gewährsträgerhaftung übernehmen, ergeben sich aus der weiteren Geschäftstätigkeit keine erwähnenswerten Risiken im Sinne des DRS 5.

4 Prognosebericht

KommunalBIT hat für die Stadt Erlangen die Aufgabe der IT-Schulbetreuung sowohl für den Verwaltungsbereich als auch für den pädagogischen Bereich übernommen. Der Aufgabenbereich wird gesondert abgerechnet und war 2011 von Seiten des Sachaufwandsträgers mit einem Aufwands-Volumen von 675.000 Euro gedeckelt. KommunalBIT konnte damit nur die Qualität und den Umfang seiner Leistungen dem Deckel anpassen.

Der Auftraggeber hat für 2012 und weiter das Budget wesentlich erhöht (930.000 EUR), damit ist deutlich besser sichergestellt, dass KommunalBIT in diesem Bereich einen gesunden Bestand unterhalten und noch weitere Verbesserungen der Situation anstreben kann, wie das in einem bereits vorliegendem Konzept zur IT-Schulbetreuung für Erlangen beschreiben ist.

Das Geschäftsjahr 2012 wird weiterhin von Investitionen in die Standardisierung und Konsolidierung der IT geprägt sein, die gegen Ende des Jahres 2012 die endgültige Aufgabe der alten dezentralen RZ-Infrastruktur bei einem entsprechenden Qualitäts- und Sicherheitsfortschritt ermöglichen wird. Rechnerische Einsparungen im Vergleich zu den Aufwendungen für das IT-Portfolio 2009 werden aber nicht zu realisieren sein, da KommunalBIT einerseits das Personal weiterhin benötigt, um auch die inzwischen aufgetretenen Aufgabenmehrungen zu bewältigen, andererseits Skaleneffekte und Synergieeffekte nicht in einem so spürbaren Maß zu erreichen sind, dass sie Kostenmehrungen ausgleichen. Weiterhin ergibt eine im Jahr 2011 erstmalig durchgeführte Bewertung aller Stellen des Unternehmens Erhöhungen bei den Eingruppierungen/Besoldungsgruppen einer spürbaren Menge von Arbeitsplätzen. Die mit den Städten verhandelten verlängerten Nutzungsdauern für Standard-Software, Standard-Hardware, Server, TK-Anlagen und -Endgeräte sowie Multifunktionsgeräte schaffen hier ebenfalls nur bedingt Ausgleich. In 2012 und weiterhin werden auch Neuinvestitionen in die abbeschriebenen Anlagen im TK-Bereich (VoIP) sowie in die Ablösung des Client-Betriebssystems und der Standard-Office-Software durchgeführt werden müssen, es sind auch Mehrungen im Bereich der Datenspeicher zu erwarten, da das ursprünglich geschätzte Datenvolumen über alle 3 Städte bereits zum Ende des Jahres 2011 um 30% überschritten wurde und in der Tendenz ungebrochen ansteigt. Als eine Aufgabe von steigender Bedeutung zeigt sich die Beschaffung und Betreuung mobiler Systeme. Die geplanten Konsolidierungen der Verträge mit Festnetz- und Mobilfunkanbietern oder die sogenannte „Druckerkonsolidierung“ mit einer entsprechenden europaweiten Ausschreibung werden die (auch ohne KommunalBIT unvermeidbaren) Steigerungen nur abmildern können, ein konkrete Aussage dazu kann aus kaufmännischer Vorsicht nicht abgegeben werden.

KommunalBIT ist weiterhin bemüht, den Auftraggebern Vorschläge zur einer möglichen Einsparung von IT-Kosten aufzuzeigen und die angebotene Leistung so wirtschaftlich wie möglich zu erbringen. Dafür wird auch die für Mitte 2012 geplante Entwicklung der leistungsabhängigen verursachergerechten Verrechnung nach Produktkatalog bestimmend sein, die es den Auftraggebern wesentlich erleichtern wird, ihre Leistungsabnahme zu steuern und zu planen, und ebenso bei KommunalBIT den Aufwand für die Leistungsverrechnung und die weitere Planung deutlich verringern soll.

5 Pflichtangaben im Lagebericht nach § 26 KUV

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Anhang (Anlage III) als Anlage beigefügten Verzeichnis ersichtlich. Daraus ergibt sich auch die Entwicklung der Anlagen im Bau (§26 Nr. 3 KUV).

Ab 2011 erfolgte in Absprache mit den Städten eine Verlängerung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern, die neue Abschreibungstabelle ist aus dem Anhang (Anlage III) ersichtlich.

Das Eigenkapital und die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (§26 Nr. 4 KUV):

Eigenkapital	Anfangsstand	Endstand
Festkapital	50.000	50.000
Kapitalrücklage	3.113.574	3.113.574
Bilanzgewinn	0	0
Gesamt (Euro)	3.163.574	3.163.574
Rückstellungen	Anfangsstand	Endstand
Gesamt (Euro)	2.102.545	2.128.991

Zur detaillierten Darstellung, insbesondere des Personalaufwandes, wird auf den Anhang (Anlage III) verwiesen.

6 Sonstige Angaben

Das Kommunalunternehmen beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 61 Mitarbeiter und 3 Auszubildende.

7 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

Der BFH hat in einem Urteil vom 10.11.2011 (veröffentlicht im Februar 2012) mit Bezug zur kommunalen Datenverarbeitung zu sog. Beistandsleistungen Stellung genommen. Die Auswirkungen werden zur Zeit auch bei Vitako, dem Bundesverband der kommunalen IT-Dienstleister, diskutiert, eine Änderung der Handlungsweise der Finanzbehörden ist aber noch nicht absehbar. Ein Tatbestand zur Bildung von entsprechenden Rückstellungen ist daher noch nicht gegeben.

Fürth, 02.04.2012 und 07.08.2012

Walter Brosig

Walter Brosig, Vorstand